



Regierungsratsbeschluss vom 25. August 2026

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF;
Änderung der KFZ-Verordnung und der Preisbekanntgabeverordnung; Ver-
nehmlassung

P260747

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung.

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst die vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen der Kraftfahrzeugverordnung (KFZV) und der Preisbekanntgabeverordnung (PBV) im Grundsatz. Die Revision der KFZV schafft mehr Rechtssicherheit für Garagen, die Fahrzeuge im Agenturmodell vertreiben. Nach Ansicht des Regierungsrates sollen jedoch die bestehenden Schutzbestimmungen der KFZV – nicht nur die Kündigungsfrist – auch für Agenturverträge gelten. Zudem soll ein Wechsel zu einem neuen Vertriebsmodell nur zulässig sein, wenn der Kraftfahrzeughändler dessen höhere Effizienz nachweist. Damit wird sichergestellt, dass selbständige Schweizer Garagen wirksam geschützt bleiben. Die Änderungen der PBV unterstützt der Regierungsrat vollumfänglich. Sie verbessert die Transparenz bei Fahrzeugleasing-Angeboten und erleichtert Konsumentinnen und Konsumenten den Vergleich verschiedener Angebote.

